

Norma Tiedemann  
*Un/gehorsame  
Demokratie  
und umkämpfte  
Patronage-  
staatlichkeit in  
Südosteuropa*  
Eine Konjunktur-  
analyse der  
munizipalistischen  
Plattformen in  
Zagreb und Belgrad

Un/gehorsame Demokratie und umkämpfte  
Patronagestaatlichkeit in Südosteuropa

*Norma Tiedemann* ist Koordinatorin des Promotionskollegs JUST – Gerechte und Nachhaltige Transformation.

Norma Tiedemann

Un/gehorsame  
Demokratie und  
umkämpfte  
Patronagestaatlichkeit  
in Südosteuropa

Eine Konjunkturanalyse der municipalistischen  
Plattformen in Zagreb und Belgrad

Campus Verlag  
Frankfurt/New York

Die vorliegende Publikation ist eine überarbeitete Fassung einer am Fachgebiet Politische Theorie des Fachbereichs 05, Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel unter dem Titel »Un/gehorsame Demokratie und umkämpfte Staatlichkeit in Südosteuropa. Die municipalistischen Plattformen in Zagreb und Belgrad« angenommenen Dissertation.

1. Gutachterin: Prof. Dr. Sonja Buckel

2. Gutachter: Prof. Dr. Bernd Belina

Tag der Disputation: 25.04.2023

ISBN 978-3-593-51928-9 Print

ISBN 978-3-593-45843-4 E-Book (PDF)

ISBN 978-3-593-45844-1 E-Book (EPUB)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2024. Alle Rechte bei Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Satz: le-tex xerif

Gesetzt aus der Alegreya

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985–2104-1001).

Printed in Germany

[www.campus.de](http://www.campus.de)

# Inhalt

Vorbemerkung .....	9
1. Die Neuen Munizipalisten in der europäischen Peripherie .....	11
2. Die Munizipalismus-Forschung .....	23
2.1 Forschungsüberblick .....	24
2.2 Die demokratiethoretischen Perspektiven der Munizipalismus-Forschung .....	31
2.3 Zwischenfazit .....	55
3. Materialistische Staats- und Demokratietheorie im Kontext postjugoslawischer Staatlichkeit .....	57
3.1 Freiheit und Gleichheit, die über die Freiheit und Gleichheit des Warenbesitzers hinausweisen .....	61
3.2 Materialistische Staatstheorie als Theorie bürgerlicher Staatlichkeit .....	66
3.3 Die Grenzen materialistischer Staatstheorie .....	71
3.4 Staatlichkeit in der europäischen Peripherie .....	74
4. Methodologische Rahmung: Critical Grounded Theory .....	101
4.1 Kritischer Realismus und Konjunkturanalyse .....	102
4.2 Operationalisierung: Drei Analyseschritte .....	105
4.3 Datenerhebung .....	113

---

5.	Vom sozialistischen Sonderweg zur Konjunktur autoritärer Involution .....	129
5.1	Debatten um die postjugoslawische Transition .....	130
5.2	Die SFRJ und das Modell der Arbeiter:innenselbstverwaltung .....	135
5.3	Der Erfolg nationalistischer Kräfte und der Zerfall der SFRJ ..	141
5.4	Der Beginn der »ewigen Transition« .....	146
5.5	Die Krise ab 2008 und die Entstehung einer Neuen Linken ..	149
5.6	Zwischenfazit .....	153
6.	Kontext: Krisenkonjunkturen in Kroatien .....	155
6.1	Die 1990er Jahre .....	156
6.2	2000 bis 2008 .....	164
6.3	2008 bis heute .....	168
6.4	Zwischenfazit: Umkämpfte Staatlichkeit in Kroatien .....	175
7.	Zagreb je NAŠ – Munizipalismus in Zagreb .....	179
7.1	Vorgeschichte I: Politisierung der demokratisch-kapitalistischen Transition .....	183
7.2	Vorgeschichte II: Krisenkonjunkturen im (lokalen) Staat ....	192
7.3	Zwischenfazit .....	213
7.4	Zagreb je NAŠ! auf dem Terrain des lokalen Staates .....	214
7.5	Erfolge und Perspektiven am Ende des ersten institutionellen Zyklus .....	228
7.6	Zwischenfazit .....	235
7.7	In der Regierung: Die Maschine umprogrammieren .....	236
8.	Kontext: Krisenkonjunkturen in Serbien .....	245
8.1	Die 1990er Jahre .....	246
8.2	2000 bis 2008 .....	253
8.3	2008 bis heute .....	261
8.4	Zwischenfazit: Umkämpfte Staatlichkeit in Serbien .....	271

9.	Ne Da(vi)mo Beograd – Munizipalismus in Belgrad .....	275
9.1	Vorgeschichte I: Politisierung der demokratisch- kapitalistischen Transition .....	278
9.2	Vorgeschichte II: Krisenkonjunkturen im (lokalen) Staat ....	283
9.3	Zur Entscheidung an den Wahlen teilzunehmen .....	300
9.4	Die Rolle von NDB im Netzwerk linker Akteur:innen in Belgrad .....	304
9.5	Politische Vorstellungswelten .....	308
9.6	Zwischenfazit .....	314
9.7	Nach den Wahlen: Munizipalismus zwischen Straße und Parlament .....	316
9.8	Zwischenfazit .....	332
9.9	Einzug in die Institutionen: Perspektiven ab 2022 .....	333
10.	Charakter, Entstehungskonjunktur und emanzipatorisches Potential .....	339
10.1	Zum Charakter von ZJN und NDB: Ein ambivalentes Verhältnis zur liberalen Demokratie .....	339
10.2	Die Krisenkonjunktur der postjugoslawischen Transition ...	353
10.3	Das emanzipatorische Potential un/gehorsamer Demokratie: Zwischen Transformationsperspektive und Affirmation liberal-demokratischer Ordnung .....	356
10.4	Fazit und Ausblick: Eine Notbremse für die demokratische Involution .....	369
	Literatur .....	379
	Anhang .....	431
	Siglen .....	437
	Tabellen .....	439
	Abbildungen .....	441



# Vorbemerkung

Auch wenn der akademische Betrieb dazu drängt, Individuelles ins Licht zu rücken, wäre keine der unter einem Namen verfassten und publizierten Arbeiten jemals ohne die Menschen entstanden, die uns auf vielfältige Weisen begleiten, infragestellen und aufrichten, Antworten geben und ihre Gedanken teilen. Und auch wenn ich die Unterstützung, die ich auf diese Weise erhalten habe, unmöglich in vollem Umfang würdigen kann, möchte ich es doch für einen Bruchteil versuchen. Ich danke also den vielen Personen, die ich in den letzten Jahren in Zagreb und Belgrad treffen durfte; die sich viel Zeit genommen und mit großzügiger Offenheit von ihrem Leben, ihren Erfahrungen und politischen Kämpfen erzählt haben. Großer Dank gilt zudem natürlich Sonja Buckel, die diese Arbeit mit vielfältigen Anregungen betreut hat. Auch Bernd Belina als Zweitbetreuer und dem Promotionskolloquium von Sonja Buckel möchte ich danken. Martin Sarnow verdanke ich ein stets produktives gemeinsames Nachdenken und Schreiben über Neuen Munizipalismus und Staatstheorie. Unmöglich gewesen wäre diese Arbeit zudem ohne die intensive Lektüre und Diskussionen unfertiger Kapitel, diverse Korrekturschleifen und ein offenes Ohr in den üblichen Verzweiflungsmomenten. Dafür möchte ich mich bei Carol, Philip, Sergio, Irena, Jenny, Lore, Maren, Anna, David, Stefan, Lisa, Steffen, Annka, Aleksandra, Marijus, Lukas, den CHs, meinen Eltern Elgin und Peter und vielen anderen bedanken.

Kassel, den 15.11.2023



# 1. Die Neuen Munizipalisten in der europäischen Peripherie

Von Preston bis Malaga, von Amsterdam, Neapel, über Berlin und Warschau bis nach Zagreb und Belgrad begann sich ab 2015 ein Netzwerk »rebellischer Städte« über den europäischen Kontinent und weit darüber hinaus zu spannen (vgl. Caccia 2016). Seinen Ausgangspunkt nahm das Netzwerk in Spanien. Unter dem Label *Nuevo Municipalismo* (vgl. Observatorio Metropolitano 2014) verdichteten sich dort nach den 15M-Protesten 2011/2012 gegen das autoritär-neoliberale Krisenmanagement Diskussionen über eine neue politische Praxis, eine hybride Strategie zwischen Institution und Straße (vgl. Della Porta 2015; Della Porta u. a. 2017; Gerken 2021: 235 ff.; Huke 2017). Der Begriff »Munizipalismus« fand mit changierenden Bedeutungen allerdings bereits früher Verwendung, beispielsweise im Kontext des englischen Munizipalsozialismus (vgl. Joubert 2022; Kühl 2001; Willis 2001) oder des Libertären Munizipalismus bzw. Kommunalismus, wie er von Murray Bookchin vorgeschlagen wurde (vgl. 2015a, 2015b, 2021). Matthew Thompson (2021a) versammelt noch weitaus mehr Beispiele von munizipalistischen oder munizipalsozialistischen Experimenten im Globalen Norden vom frühen 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart technokratischer Städte-Allianzen. Die Welle des Neuen Munizipalismus in Spanien zeichnete sich demgegenüber durch neuartige Zusammenschlüsse von Bewegungsakteur:innen<sup>1</sup> und Parteien aus, welche die Erfahrungen der Platzbesetzungen, der vielfältigen Mobilisierungen und Verknüpfungen verschiedener sozialer Kämpfe

---

<sup>1</sup> Für diesen Text nutze ich eine der verschiedenen Varianten einer geschlechter-inklusiven Schreibweise. Die Verwendung des Doppelpunkts statt des üblichen generischen Maskulinums soll sprachlich sichtbar machen, dass Frauen, nicht-binäre, trans oder inter Personen gesellschaftliche Realität sind. Sie sind handelnde Akteur:innen und Betroffene. Das Maskulinum findet nur dort Verwendung, wo strukturell und aus Gründen patriarchaler Ordnung vor allem Männer vertreten oder tätig waren und sind.

zu verstetigen suchten: die sogenannten *munizipalistischen Plattformen*.<sup>2</sup> Je nach Gemeinde oder Stadt waren diese unterschiedlich zusammengesetzt, erwachsen jedoch allesamt aus den Bewegungen und solidarischen Netzwerken. Die munizipalistischen Plattformen Spaniens nahmen an den Kommunalwahlen 2015 teil, waren daraufhin in vielen Städten mit Vertreter:innen in den lokalen Parlamenten präsent und wurden mancherorts als stärkste Fraktion Teil der Stadtregierung – so Barcelona en Comú (BenC) und Ahora Madrid (vgl. Rubio-Pueyo 2017).

Die munizipalistische Idee zirkulierte schnell innerhalb translokaler aktivistischer Netzwerke. An verschiedenen Orten weltweit entstanden Initiativen, die dem Vorbild der spanischen Munizipalist:innen folgten und deren Vorstellungswelten und Praxen in ihren jeweiligen Kontext zu übersetzen versuchten (vgl. Baird 2020). In der südosteuropäischen Peripherie, in den Hauptstädten Kroatiens und Serbiens, gründeten sich nach einem jeweils unterschiedlich langen Bewegungszyklus 2017 bzw. 2018 ähnliche Wahlplattformen: *Zagreb Je NAŠ!* (Zagreb gehört uns! ZJN) und *Ne Da(vi)mo Beograd* (Lasst uns Belgrad nicht ertränken/Geben wir Belgrad nicht auf NDB). »Gefeiert als neue progressive Formen politischer Organisation in Europa und Nordamerika in den letzten Jahren, trat Munizipalismus als eine Strömung auch in Osteuropa auf«. (Gagyí 2019) Die munizipalistische Idee schien ein Dilemma zu lösen. Weder starr-hierarchische Partei, noch flüchtige soziale Bewegung, weder verpflichtet auf staatstragende Konventionen im nationalen Parlament, noch eingeschworen auf den Horizontalismus der Bewegung der Plätze, bildete sich darin ein erfolversprechendes Modell gegenhegemonialer Praxis (Rubio-Pueyo 2017: 3). Inzwischen haben beide lokale Gruppen auch nationale Wahlbündnisse bzw. Parteien etabliert: *Možemo!* (Wir können!) in Kroatien und *Moramo* (Wir müssen) in Serbien. NDB als Teil dieses Bündnisses transformierten sich im Sommer 2023 in die Partei *Zeleno-Levi-Front* (Grün-Linke-Front)<sup>3</sup>.

ZJN nahmen das erste Mal im Mai 2017 an den Kommunalwahlen teil, agierten vier Jahre lang als kleine Opposition in den Nachbarschafts- und Be-

---

2 Ich verwende in dieser Arbeit verschiedene, jedoch synonyme Begriffe für die Bezeichnung der munizipalistischen Initiativen. Neben (Wahl-)Plattform auch (Wahl-)Liste oder Bürger:innen-Liste, da letzteres mindestens in Belgrad die Form ist, um ohne Partei an einer Wahl teilzunehmen.

3 Diese Arbeit analysiert die Zeit, in der die Initiative noch *Ne Da(vi)mo Beograd* hieß. Daher verwende ich den Namen der Partei nur für jenen kurzen Abschnitt zum Ende des Buches, in dem es um die Gründung dieser neuen politischen Entität geht.

zirksräten sowie im Stadtparlament und gewannen im Mai 2021 die regulären Wahlen. Seitdem regieren sie die kroatische Hauptstadt. NDB schafften es im April 2018 nicht über die Sperrklausel von fünf Prozent, konsolidierten daraufhin ihre Strukturen und weiteten ihre Mitgliederbasis aus. Bei den neuerlichen Wahlen im April 2022 zogen sie sowohl in die Belgrader Stadtversammlung, als auch ins nationale Parlament mit einigen Vertreter:innen ein. Die Plattformen kritisieren den aktuellen Zustand von Staat und Demokratie und stellen die Umgestaltung und Demokratisierung des (lokalen) Staates in den Mittelpunkt ihrer politischen Praxis. ZJN und NDB als spezifisch postjugoslawische Variante municipalistischer Praxis (vgl. Milan 2022) sowie die Staatsform und Vergesellschaftungsweise, in der sie entstanden und in der sie sich bewegen, bilden den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit. Ausgehend von einer breiten Datenbasis aus Interviews, teilnehmenden Beobachtungen und einer Literaturanalyse argumentiere ich in den folgenden Kapiteln aus Perspektive materialistischer Staats- und Demokratietheorie, dass die Plattformen im Kontext einer autoritären, partei-patronageförmigen Vergesellschaftung – verstanden als jener Zusammenhang von Mechanismen, in denen sich Gesellschaft herstellt (s. Kap. 3) – um die Etablierung bürgerlich-liberaler Demokratie als Ausgangspunkt für progressive Politiken ringen. Sie knüpfen als *un/gehorsam-demokratische* Projekte widersprüchlich an die Ideale liberaler Demokratie an und weisen partiell über deren engen Rahmen hinaus.

Angetrieben wurde die Forschung von dem Interesse, die Neuen Municipalismen in Südosteuropa sowohl als Teil einer globalen Bewegung, als auch in ihrem spezifischen Kontext zu verstehen. Denn die translokalen und globalen Querbezüge der municipalistischen Bewegung sind unübersehbar: In Frankreich beziehen sich Aktivist:innen auf Chiapas in Mexiko und Rojava in Syrien (vgl. Fradin 2020), in den USA ebenfalls auf Rojava sowie Murray Bookchin und seine Idee einer Konföderation freier Kommunen (vgl. Finley 2017). Und auch ZJN und NDB verwiesen bei ihrer Gründung explizit auf die internationale Bewegung eines Neuen Municipalismus, der eine Alternative zur hierarchischen Partei versprach. Beide orientierten sich stark an BenC und stehen auch in engem Austausch miteinander. Sie bezeichnen sich, mindestens im internationalen Kontext, als *municipalistische* Plattformen, obwohl es im Kroatischen und Serbischen kein Wort gibt, das Bezug auf die lokale Verankerung mit »municipio« wie im Spanischen nimmt. Auch wenn sich der Großteil ihrer politischen Arbeit vor Ort konzentriert, waren die beiden Initiativen also von Beginn an eng in ein translokales Netzwerk

eingebunden und beteiligt an grenzüberschreitenden Diskursen und Praktiken.

2017 kamen auf Einladung von Barcelona über 700 Personen und 100 (lokale) Bürger:innen-Plattformen aus über 180 Städten und 40 Ländern zur ersten Fearless Cities Konferenz und tauschten sich über Ansätze municipalistischer Politik aus (Vollmer 2017: 147). Es sei der ambitionierteste Versuch gewesen, die lokalistische Falle zu umgehen und könne als »coming out party« der globalen municipalistischen Bewegung bezeichnet werden (Russell 2019: 990). Die Aktivist:innen sprachen davon, die verhärteten Institutionen zu »hacken« (ebd.: 1008), diese statt der Plätze zu besetzen (Thompson 2021a: 321), und die »Kräfteverhältnisse auch in den Institutionen auf[zu]brechen« (Zelik 2015: 116). Auch die folgenden Fearless Cities Treffen 2018 (in Warschau, Brüssel, New York und Valparaíso), 2019 (in Belgrad und Neapel) sowie 2021 (online) waren Plätze des Austauschs, Übersetzens und Rückübersetzens der Erfahrungen anderer in den eigenen lokalen Kontext.<sup>4</sup> Trotz der großen Heterogenität der im Fearless Cities Netzwerk verbundenen Initiativen, bestanden gemeinsame Bezugsräume und Vorstellungswelten. Zentral war die Frage danach, welche Maßstabebene am ehesten als Ansatzpunkt geeignet ist, um gesellschaftliche Transformationsprozesse zu ermöglichen. Die Kommune, oder eben »municipio«, wurde auf Basis der eigenen Bewegungsgeschichte als ein solcher Einstiegspunkt identifiziert (Vollmer 2017: 150). Demokratisierung und Feminisierung von Politik, eine Abkehr von destruktiven gesellschaftlichen Naturverhältnissen sowie solidarische und selbstverwaltete Ökonomien bilden die konstitutiven Felder eines Neuen Munizipalismus (Russell 2019: 991). In welcher exakten Form diese Transformationsbestrebungen umgesetzt werden, ist dabei relativ offen – ob über Wahlplattformen oder autonome Organisation in Genossenschaftsnetzwerken (Thompson 2021a: 318). Die Auseinandersetzung mit Institutionen sei nur eine Komponente in einem multi-strategischen Ansatz (Russell 2019: 997). Die im Fearless Cities Netzwerk verbundenen Plattformen und Initiativen sind also wegen ihrer bewegungsorientierten und kritischen Perspektive auf politisch-institutionelles Handeln von »post-politischen« Infrastrukturen wie den Eurocities oder den United Cities and Local Governments (Thompson 2021a: 318) zu unterscheiden.<sup>5</sup>

---

4 <https://fearlesscities.com/en/summits>

5 Solche Verbände gründen auf Überlegungen zu effizienter oder guter Governance im komplexen institutionellen Geflecht der Europäischen Union (EU). In Eurocities beispielsweise haben sich

Die Vorstellungswelten der Munizipalist:innen trafen schnell auf die Realität von Politik in staatlichen Apparaten. Mit den neuerlichen Kommunalwahlen 2019 endete in Spanien ein erster Zyklus des »Angriffs auf die Institutionen« mit dem Verlust von Stimmen und unter anderem dem Bürgermeisterinnen-Amt in Madrid (vgl. Vila 2019). Im Mai 2023 mussten dann auch BenC den Platz an der Spitze des Rathauses räumen. Für die außerhalb der Institutionen verbliebenen Aktivist:innen war es oft nicht möglich einen produktiv-konfliktiven Umgang mit den neuen Regierungen zu finden (vgl. Baird 2015; Delclós 2017; Sánchez 2017; Schneider 2016).<sup>6</sup> Die Mobilisierung der Unterstützer:innen ließ nach und nicht überall gelang es, Strukturen nachbarschaftlicher Selbstorganisation zu etablieren (Galcerán Huguet/ Carmona Pascual 2017: 111).<sup>7</sup> Darin zeigt sich ein kompliziertes, in der Bewegungsforschung und der kritischen Staatstheorie reflektiertes, Verhältnis zwischen progressiven Akteur:innen und staatlichen Institutionen, die nach anderen Logiken als Bewegungen funktionieren und sich notwendig im Rahmen ökonomisch-struktureller Zwänge reproduzieren (vgl. Blanke u.a. 1974; Grimm u.a. 2019; Hirsch 2005; Offe 2006b; Poulantzas 2002; Vestena 2022; Zelik 2016).

---

200 Gemeinden zusammengeschlossen, um als lokaler Arm der EU Maßnahmen für eine »inklusive Gesellschaft«, eine »prosperierende lokale Ökonomie« oder eine »gesunde Umwelt« zu koordinieren (vgl. Eurocities 2020).

6 BenC waren beispielsweise auf Koalitionskompromisse angewiesen und rieben sich im Konflikt um die katalanische Unabhängigkeit auf. Ein Korsett bildete auch die weiterhin an rigider Austeritäts- und Grenzpolitik festhaltende spanische Zentralregierung. Das »Montoro-Gesetz« von Ende 2013 etwa greift stark in die Ausgabenautonomie kommunaler Regierungen ein und verhindert eine expansivere Investitionspolitik in soziale Infrastrukturen (vgl. Álvarez Balba 2020). Auch die brutalen Zwangsräumungen fanden weiterhin statt, da die Kompetenzen für deren Regulierung nicht auf lokaler Ebene liegen (vgl. Hillebrand/Welker 2017).

7 Zugleich gelang es BenC, erste Schritte im Sinne einer progressiven Transformation anzustoßen (ausführlich dazu: Sarnow 2023) – unter anderem in den Bereichen der Wohnungspolitik, sozial-ökologischer Maßnahmen und der Feminisierung der Stadtpolitik. Die Stadtregierung veranlasste als Gegenmittel zur »Touristifizierung« Barcelonas ein Moratorium auf Hotellizenzen; Banken werden nun strafrechtlich verfolgt, wenn sie Apartments leer stehen lassen; das Budget für den öffentlichen Wohnungsbau wurde vervierfacht; 2.300 nicht-genehmigte AirBnB-Wohnungen konnten 2016 bis 2017 vom Markt genommen werden (Sarnow/Tiedemann 2019: 280). Auch feministische Politiken wurden gestärkt, indem ein eigenes Department für Geschlechterpolitik eingerichtet und die finanziellen Mittel für den Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt um 1.6 Millionen Euro erhöht wurde (vgl. Roth/Baird 2017). Auch eine Demokratisierung durch die Förderung von Nachbarschaftsversammlungen konnte angeschoben werden (Sarnow/Tiedemann 2019: 280).

Analysen der Entstehungsgründe und des Charakters der Neuen Munizipalismen gelangen häufig zu einer Problematisierung von Neoliberalismus und der »repräsentativen Demokratie als Regierungsform im neoliberal-maschinistischen Kapitalismus« (Kubaczek/Raunig 2018: 59; Thompson 2021a: 320 f.). Die munizipalistischen Bewegungen gelten als Kontrapunkt im Verhältnis zu »Austeritätspolitik und ein[em] regressive[n] europäische[n] Grenzregime« (Süß 2019: 802) oder als »progressiver Lokalismus« und damit Gegenstück zu einem homogenisierenden, exklusiven Lokalismus (vgl. García Agustín 2020). Weil die Neuen Munizipalismen vielfach die bestehenden liberal-demokratischen Verhältnisse infragestellen, greifen demokratiethoretisch orientierte Diskussionen der sich entwickelnden Munizipalismus-Forschung oftmals auf radikaldemokratische Theorien zurück. Eine zentrale Einsicht dieser Perspektive besteht darin, dass sich Demokratie »immer konkret in der stets kontingenten politischen Praxis manifestieren« muss (Comtesse u.a. 2019b: 11) und also nicht als stabiles Verhältnis vorausgesetzt werden kann. Die auch für diese Arbeit zentrale Umkämpftheit demokratischer Formen ist damit benannt und kann gesellschaftstheoretisch ergründet werden. Während radikaldemokratische Theorien die Bedeutsamkeit widerständigen Handelns herausarbeiten und den Blick auf Kontingenzen und Brüche lenken (vgl. Badiou/Rancière 2014; Laclau/Mouffe 1991; Lefort 1988a; Süß 2020), widmen sie den politischen Formen und materiellen Kräfteverhältnissen wenig Aufmerksamkeit (vgl. Demirović 2017, 2019), obgleich diese das staatliche Terrain<sup>8</sup> bilden, auf das sich munizipalistische Plattformen begeben und in das sie sich einzuschreiben versuchen. Die häufig vorgenommene Charakterisierung der Neuen Munizipalismen als radikaldemokratische Experimente im Kontext einer Krise repräsentativer Demokratie (s. Kap. 2) läuft Gefahr, die Spezifik einzelner Initiativen in ihrem konkreten gesellschaftlichen Bezug zu vernachlässigen. Dies gilt umso mehr für den südosteuropäischen Raum, der im Kontext der noch jungen Munizipalismus-Forschung eher randständig bleibt.

---

<sup>8</sup> Der Begriff des Terrains dient im Folgenden als räumliche Metapher für das Ensemble von materialisierten Praxen und Institutionen staatlicher Ordnung und bezeichnet den Umstand, dass die munizipalistischen Akteur:innen den Handlungsrahmen der Bewegungen verlassen und in ein stärker strukturiertes Handlungsfeld eintreten. Sie nehmen also einen Ortwechsel mit Implikationen für ihre Identität und ihren möglichen Praxisraum vor.

Bürgerlich-liberale Demokratie<sup>9</sup>, die demnach in eine Krise geraten sei, hat es in vielen Ländern Europas, insbesondere den postsozialistischen, effektiv nie gegeben. Sowohl Kroatien als auch Serbien zeichnen sich heute durch große demokratische Defizite, eingeschränkte Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit, geringe Kontrolle der Exekutive und systemische Korruption aus. Staat und Gesellschaft stellen sich nach 30 Jahren sogenannter demokratisch-kapitalistischer Transition im Anschluss an die Bürger:innenkriege der 1990er Jahre als exekutiv-politisch vergesellschaftete Räume dar, deren staatliche Apparate von den Netzwerken der regierenden Parteien konstituiert sind. Eine Aushandlung von organisierten Interessen in den Universalisierungsinstanzen der demokratischen Institutionen wie dem Parlament findet nur eingeschränkt statt. Die oft unvermittelte Durchsetzung von Partikularinteressen in politischen Entscheidungen verläuft konträr zum Ideal des mittels demokratischer Verfahren herzustellenden Allgemeinen. Politische Apathie und materielle Perspektivlosigkeit prägen das gesellschaftliche Leben. Die Krisenkonjunkturen der Demokratie in Kroatien und Serbien und die sozialen Bewegungen der 2000er und 2010er Jahre stehen zwar in engem Zusammenhang mit den Entwicklungen in Kern- und Südeuropa, können jedoch erst mit einer Untersuchung von postsozialistischer Transition, politökonomischer Peripherisierung (vgl. Neunhöffer/Schüttplez 2002) und umkämpfter Staatlichkeit verstanden werden. Um die verschiedenen Schichten sozialer Realität voneinander zu differenzieren und beobachtbare Konflikte und Kämpfe in diesen zu verorten, erweisen sich radikaldemokratische Analysen als unzureichend, denn die mit der tiefen Krise des Kapitalismus einhergehende politische Krise in der Peripherie Europas ist qualitativ mehr als eine »Krise der Repräsentation« oder eine Bedrohung der Errungenschaften liberaler Demokratie. Sie ist Ausdruck der krisenhaften Reproduktion einer spezifischen Staatsform, die formal demokratisch, de facto jedoch autoritär, anti-pluralistisch und nicht-liberal ist: die Form des *postjugoslawischen Patronagestaats*.

Um ausgehend von diesen Diagnosen die Leerstellen radikaldemokratietheoretischer Ansätze zu bearbeiten, wird die Arbeit eine Untersuchung

---

<sup>9</sup> Also eine Form politischer Herrschaft, in der Bürger:innen über die freie und faire Wahl von Repräsentant:innen in legislative Gremien an der Machtausübung beteiligt sind. Die Ausübung dieser politischen Macht erfolgt qua Gesetzen, an welche die exekutiven Gremien gebunden sind und deren Einhaltung über eine unabhängige Judikative kontrolliert wird. Rechtsstaatlichkeit und Parlamentarismus sind damit Grundpfeiler liberaler Demokratie.

aus Perspektive materialistischer Demokratietheorie vornehmen. Denn die vorerst nur knapp skizzierte Konstellation patronageförmiger Vergesellschaftung ist sowohl erklärungsbedürftig als auch Teil der Erklärung für die Entstehung und den Charakter der munizipalistischen Akteur:innen in Kroatien und Serbien. Die Perspektive materialistischer Staats- und Demokratietheorie ermöglicht nicht nur, mit ihrem historisch sensiblen Blick auf die konfliktive, in Kämpfen vollzogene Werdung und Verdichtung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen (Kannankulam 2008: 67), gegenwärtige Formen von Staatlichkeit im postjugoslawischen Raum zu analysieren. Sie verweist außerdem darauf, die Bedeutung der Herausforderungen der zugrundeliegenden Vergesellschaftungsweise durch Akteur:innen wie die munizipalistischen Plattformen in den Fokus zu rücken. Materialistische Staats- und Demokratietheorie versteht moderne Staaten mit ihrem zentralisierten Gewaltmonopol als ein soziales Verhältnis und setzt die (demokratischen) Institutionen politischer Herrschaft in Beziehung zu den materiellen Produktions- und Reproduktionsverhältnissen (Schaffar 2018: 164). Sie erlaubt es, soziale und politische Konflikte als Resultat und Teil von spezifischen Gesellschaftsformationen zu entschlüsseln und die Themen und Praxen von Bewegungen an die konstituierenden Momente dieser Formationen rückzukoppeln. Materialistische Gesellschaftstheorie analysiert dabei nicht nur die bestehenden Herrschaftsverhältnisse, sondern kritisiert sie im Fluchtpunkt einer emanzipatorischen Überwindung. Der Begriff der Emanzipation wird in den kritischen Gesellschaftswissenschaften zwar als »vage und allumfassend« problematisiert (Genel 2019: 41) und seine historische Bedeutungsvielfalt immer wieder hervorgehoben und systematisch aufgearbeitet (vgl. Bromberg 2019; Hoff 2016). Doch Emanzipation verstehe ich hier als »moderne[s] Projekt der radikalen Herrschaftsfreiheit« (Bromberg 2019: 138). Dies impliziert keine radikale Diskontinuität, sondern umfasst eine prozesshafte Vorstellung von Emanzipation, die im experimentellen Suchen auch Rückschläge und Irrwege beinhalten kann. Politische Praxen und Vorstellungswelten können dann trotz der Unabgeschlossenheit und ihres suchenden Charakters vorläufig danach beurteilt werden, ob sie auf eine solche radikale Herrschaftsfreiheit abzielen oder nicht (s. Kap. 10).

Auf Basis dieses theoretischen Zugangs gehe ich in der vorliegenden Arbeit folgenden Fragen nach:

Welchen Charakter weisen die Neuen Munizipalisten in Serbien und Kroatien aus Perspektive einer materialistischen Demokratietheorie auf?

In welcher spezifischen Konjunktur sind die munizipalistischen Plattformen in Zagreb und Belgrad entstanden?

Worin bestehen ihre emanzipatorischen Potentiale?

Der Beitrag der Arbeit ist ein empirischer sowie ein theoretisch-begrifflicher. *Zunächst* handelt es sich um die erste zusammenhängende Darstellung der beiden munizipalistischen Initiativen im postjugoslawischen Raum. Damit legt die Arbeit eine Grundlage dafür, jene Lücken in der Munizipalismus-Forschung zu schließen, die in Bezug auf Zagreb und Belgrad noch immer, vor allem aus Perspektive einer kritischen Staats- und Demokratieforschung, bestehen. Sie erhellt, wie sich munizipalistische Praxis in der europäischen Peripherie fernab der Idealvorstellungen über das demokratische Potential von Urbanität entfaltet. Mit der multiskalaren Einbettung der Plattformen in ihren jeweiligen politökonomischen Kontext in Form einer umfassenden Konjunkturanalyse auf Ebene der jugoslawischen Föderation, auf Ebene der aus ihrem Zusammenbruch hervorgegangenen Nationalstaaten sowie auf der Ebene des jeweiligen lokalstaatlichen Terrains trägt die Arbeit darüber hinaus *zweitens* zur Forschung über Staat, Demokratie und autoritäre Verwerfungen in Europa fünfzehn Jahre nach dem Ausbruch der Krise 2008 bei. In diesem Zuge fragt sie nach den Durchsetzungsoptionen von Alternativen zu autoritär-neoliberalen Vergesellschaftungsweisen und anti-pluralistischen Regimen, die sich weltweit ausbreiten (vgl. Boos/Schaffar 2018). Die Arbeit fügt sich in die materialistische Bewegungsforschung ein (vgl. Engelhardt/Moore 2017; Gomes de Matos/Mullis 2021; Sorg 2020; Vestena 2022), indem sie untersucht, wie sich krisenhafte und unvollständige Strukturprinzipien kapitalistischer Vergesellschaftung konkret in gesellschaftlichen Dynamiken, Reibungen und Konflikten niederschlagen und wie Bewegungen strategisch mit diesen Entwicklungen und Blockaden umgehen.

Theoretisch-begrifflich knüpfe ich mit der Arbeit an Diskussionen über periphere Staatlichkeit an und adaptiere den konzeptuellen Rahmen für die Spezifik postjugoslawischer Staaten. Staatlichkeit in der südost-

europäischen Peripherie<sup>10</sup> grenze ich dabei einerseits von bürgerlichen Staatsformen ab, wie sie den Ausgangspunkt und Kern der Überlegungen materialistischer Staatstheorie bilden. Relationale Autonomie und Politik im Modus der Hegemonie sind aufgrund spezifischer gesellschaftlicher Bedingungen prekär, die Staaten umkämpft. Mit den Begriffen der Racket-Herrschaft (vgl. Lindemann 2021; Fuchshuber 2019) und des parteipatrontage-förmigen State Capture (vgl. Pavlović 2021a) nähere ich mich der Substanz dieser Staatsformen an und schlage vor, sie in Rekurs auf Ansätze staatstheoretischer Diskussionen über postkoloniale, postsozialistische und autoritär-etatistische Formen politischer Herrschaft (vgl. Ataç u.a. 2008; Becker 2015; Evers 1977; Heigl 2007; Jenss 2016; Kannankulam 2008; Pimmer 2017; Poulantzas 2002; Schlichte 2006) als *postjugoslawische Patronagestaaten* zu bestimmen. In diesen haben sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse auf eine Weise verdichtet, die für demokratische Bewegungen wie die Neuen Munizipalisten besondere Hindernisse bedeuten und ihnen neue Strategien abverlangen, um Politik als Ringen um das Allgemeine überhaupt denkbar zu machen. In der Auseinandersetzung mit dem Konzept der radikalen Demokratie als praktische Dimension poststrukturalistischer, postmarxistischer Demokratietheorie entwickelt die Arbeit zudem entlang von dessen Unzulänglichkeiten – zumindest für den südosteuropäischen Raum – den Begriff der *un/gehorsamen Demokratie*, um das ambivalent-emanzipatorische Potential der Projekte in Zagreb und Belgrad differenziert zu beschreiben. Die Arbeit ist eine theorie-geleitete, qualitative Untersuchung, die, angelegt als politische Ethnographie, den methodologischen Überlegungen der Critical Grounded Theory folgt (vgl. Belfrage/Hauf 2017).

Nach diesem einleitenden Kapitel, dem Forschungsstand (Kap. 2), den theoretischen Grundlagen der Arbeit (Kap. 3) und der Erörterung der methodologischen Ansätze (Kap. 4)<sup>11</sup>, folgt mit der Darstellung der jüngeren

10 *Peripherie* markiert, insbesondere in den staatstheoretischen Diskussionen, primär die Einbindung eines Landes und seiner Ökonomie in die globale gesellschaftliche Arbeitsteilung und Wertschöpfungskette: »Entscheidend für den Peripheriestatus ist, dass die Kontrolle über die Produktionsprozesse und der wesentliche Mehrwert in den Zentren verbleiben« (Neunhöffer/Schüttplez 2002: 380). Der Begriff soll hingegen nicht deterministisch bereits die politischen Formationen vorwegnehmen, die sich in der (Semi-)Peripherie ausbilden, da diese rein faktisch eine große Heterogenität aufweisen und trotz ihrer Abhängigkeit auf sehr verschiedenartige Weisen in die globale Ökonomie eingebunden sind.

11 Entlang des dort entwickelten drei-schrittigen Analyse-Rasters erfolgt in Kapitel 4 eine detaillierte und in den methodologischen Prämissen verankerte Erörterung von Inhalt und Funktion der einzelnen Kapitel.

Geschichte jugoslawischer und postjugoslawischer Staatlichkeit in Kapitel 5 der erste empirische Teil der Arbeit. Die damit begonnene Konjunkturana-lyse konkretisiere ich jeweils gesondert für Kroatien (Kap. 6) und Serbien (Kap. 8), in dem ich die Merkmale und Mechanismen der von Parteipatro-nage und Racket-Netzwerken konstituierten Staatlichkeit, wie sie sich in den vergangenen 30 Jahren entwickelt und verdichtet haben, herausarbei-te. In Kapitel 7 und Kapitel 9 stelle ich den zweiten Teil der empirischen Untersuchung vor. Es erfolgt darin eine Analyse der Vorstellungswelten und Praxen der munizipalistischen Plattformen in Zagreb und Belgrad in ihrem (lokal)staatlichen Kontext. Die munizipalistischen Organisierungsbemühungen in der kroatischen und serbischen Hauptstadt diskutiere ich abschließend in Kapitel 10 als Formen *un/gehorsamer Demokratie*. Eine solche Praxis bewegt sich im Spannungsfeld zwischen fundamentaler Kri-tik an der liberalen Demokratie und ihrer gesellschaftlichen Verfasstheit einerseits und der Nutzung, Befolgung und Hoffnung auf vollumfängliche Durchsetzung ihrer Regeln, Logiken und normativen Ideale im Modus der Auseinandersetzung um Hegemonie andererseits.



## 2. Die Munizipalismus-Forschung

Nachdem ich die Anfänge des Neuen Munizipalismus als neuartige Wahlplattformen in Spanien skizziert und die sich formierende, translokale Verknüpfung verschiedenster Initiativen dargestellt habe, setze ich mich im Folgenden mit der aktuellen Forschung zum Neuen Munizipalismus und ihren theoretischen Bezügen auseinander. Das Kapitel leistet eine kritische Bestandsaufnahme und begründet darauf aufbauend den Beitrag einer historisch-materialistischen Perspektive. Im ersten Teil (2.1) biete ich einen Überblick über das sich entwickelnde Feld der Munizipalismus-Forschung. Dieses ordne ich entlang dreier Phasen. Während sich zunächst der Großteil der Publikationen mit den spanischen Munizipalisten beschäftigte, entstanden anschließend regionale Schwerpunkte und überblicksartige Untersuchungen, die darum bemüht waren, neu entstehende Initiativen möglichst vollständig abzubilden. Darauf folgte eine dritte Phase der systematisierenden Abstraktion, deren Veröffentlichungen verstärkt die demokratietheoretische Bedeutung munizipalistischer Strategien reflektieren. Der im Anschluss an diesen Forschungsüberblick folgende Hauptteil des Kapitels skizziert die theoretische Verortung der bestehenden Diskussionen rund um den Neuen Munizipalismus (2.2.1). Diese Diskussionen sind primär von poststrukturalistisch-radikaldemokratischen Ansätzen geprägt, die neben ihrer produktiven Aufmerksamkeit für gesellschaftliche Kontingenzen und Brüche spezifische Lücken gerade in Hinblick auf die systematisch-strukturellen Momente von Herrschaftsverhältnissen und ihrer materiellen Verdichtung im (lokalen) Staat aufweisen. Anhand von vier Dimensionen der bestehenden Munizipalismus-Forschung (2.2.2 bis 2.2.5) erläutere ich diese Lücken und argumentiere, inwiefern eine materialistische Demokratietheorie gewinnbringend für die vorliegende Arbeit und ihre Frage nach dem Charakter, der Entstehungskonjunktur und den eman-

zipatorischen Potentialen der Neuen Munizipalisten in Südosteuropa sein kann. Auf dieser Auseinandersetzung aufbauend stelle ich im anschließenden Kapitel Grundlagen und Begriffe einer solchen materialistischen Demokratietheorie dar.

## 2.1 Forschungsüberblick

Auch wenn es frühere Theoretisierungen über und Praxen unter dem Label *Munizipalismus* gibt, beginne ich die Zusammenschau mit den Plattformen in Spanien. Die dort erzielten Erfolge erregten überregionale Aufmerksamkeit und eine in Publikationen, Konferenzen, Workshops und internationalen, aktivistisch orientierten Zusammenkünften abgebildete Debatte. Die Forschungsliteratur zum spanischen Munizipalismus begründete das Feld und ist inzwischen sehr breit aufgefächert (vgl. Angel 2020; Baird 2015; Blanco u.a. 2020; Brunner u.a. 2017; Delclós 2017; Gutiérrez 2016; Kubaczek/Raunig 2018; Malaboca Kollektiv 2016; Martínez/Wissink 2021; Rubio-Pueyo 2017; Sánchez 2017; Schneider 2016; Zelik 2015), inklusive vieler Veröffentlichungen der Akteur:innen selbst (vgl. Bookchin/Colau 2019; Galcerán Huguet 2017; macI 2017; Observatorio Metropolitano 2014; Roth u.a. 2020; Zechner 2017, 2020). Nach den ersten Bestandsaufnahmen zum spanischen Munizipalismus und dem damit verbundenen »Angriff auf die Institutionen« (Rubio-Pueyo 2017: 3), setzte im Anschluss an die erste Fearless Cities Konferenz 2017 in Barcelona eine zweite Phase der Publikationstätigkeit ein. Die Artikel kreisten zumeist darum, das heterogene Universum sich als munizipalistisch verstehender Projekte weltweit zu dokumentieren und auf gemeinsame Nenner zu bringen, und ihren schwer fassbaren Charakter als (vermeintlich) neuartige, politische Phänomene zu umreißen (vgl. Baird 2020; Bookchin 2017; Finley 2017; Forman u.a. 2020; García Agustín 2020; Kubaczek/Raunig 2017a; Pereira/Issaias 2017; Sörensen 2020; Vollmer 2017). Zeitgleich bildeten sich einzelne regionale Schwerpunkte der Forschung heraus – Lateinamerika (Chile, Brasilien, Argentinien)<sup>1</sup>, USA<sup>2</sup>,

1 Z.B. zu Ciudad Futura, Rosario in Argentinien vgl. Switzer 2018. Zu Muitas Pela Cidade Que Queremos, Belo Horizonte in Brasilien vgl. Travae 2016, und zu Movimiento Autonomista, Valparaíso in Chile vgl. Sharp 2017.

2 Einen ersten Überblick über Munizipalismus in den USA gibt Finley 2017. Zu Cooperation Jackson vgl. Forman u.a. 2020; Nangwaya/Akuno 2017. Über Munizipalismus in den USA generell

Südeuropa (Spanien, Italien)<sup>3</sup>, Westeuropa (UK, Niederlande, Frankreich)<sup>4</sup> und Hong-Kong<sup>5</sup>. Um die Erfahrungen zu sortieren, zu archivieren und einem translokalen Lernen zugänglich zu machen, sind inzwischen auch diverse akademisch-aktivistische Verbände entstanden, die analysieren und Wissen zirkulieren, unter anderem das Minim Municipalist Observatory<sup>6</sup> oder das European Municipalism Network<sup>7</sup>.

Über den südosteuropäischen Kontext gibt es bislang wenige Forschungsarbeiten aus dieser zweiten Phase. Soziale Bewegungen in den postjugoslawischen Staaten wird insgesamt eine vergleichsweise geringe wissenschaftliche Aufmerksamkeit zuteil (vgl. Bieber/Brentin 2019; Pudar Draško u.a. 2021; Štiks/Horvat 2015a). Die Region erscheint häufig als »verloren für progressive Kräfte nach 1989«, als gäbe es für internationale linke Zusammenschlüsse »nicht viel zu entdecken in Osteuropa, erst recht nicht auf dem Balkan« (Štiks/Horvat 2015a: 3). Aufgrund ihrer guten internationalen Vernetzung wurden die beiden munizipalistischen Plattformen in Zagreb und Belgrad inzwischen jedoch in einigen wissenschaftlichen Artikeln erwähnt bzw. explizit untersucht. Zusätzliche Aufmerksamkeit erhielten beide zudem aufgrund ihres erfolgreichen Sprungs auf das institutionelle Feld. In den veröffentlichten Arbeiten wurden NDB als anti-neoliberaler Akteur porträtiert (vgl. Matković/Ivković 2018) sowie als wichtige Kraft

---

vgl. Baird 2018 bzw. Artikel des Symbiosis Research Collective: <https://theecologist.org/profile/symbiosis-research-collective>

3 Neben den oben bereits benannten Artikeln über Spanien vgl. zu Italien: Alagna 2019; Bianchi 2022; Caccia 2016; European Alternatives 2017; Pinto u.a. 2022.

4 Zu Frankreich vgl. Béal u.a. 2021; Ferrer/Arrontes 2020; Fradin 2020. UK: Madden 2021; Brown 2020. Niederlande: Hamilton-Jones/Groot 2021; Schouten 2018. Zu den Chancen eines Munizipalismus in Deutschland gibt es eine frühe Diskussion über linke Stadtregierungen in einem Sammelband von Andrej Holm (vgl. 2011), aber auch unmittelbar an das Munizipalismus-Konzept anknüpfende Reflexionen, vgl. Göppert o.J.; Malaboca Kollektiv 2016 bzw. Diskussionsveranstaltungen, z.B. auf dem urbanize Festival 2018 in Berlin (<https://berlin.urbanize.at/veranstaltungen/neuer-munizipalismus-1/>), beim Recht auf Stadt Forum 2019 in Hamburg ([http://wiki.rechtaufstadt.net/index.php/Recht\\_auf\\_Stadt\\_Forum\\_2019](http://wiki.rechtaufstadt.net/index.php/Recht_auf_Stadt_Forum_2019)), organisiert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung im April 2021 ([https://www.rosalux.de/veranstaltung/es\\_detail/71MRT/urbane-transformation-von-unten-governance-und-die-neuen-munizipalismen?](https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/71MRT/urbane-transformation-von-unten-governance-und-die-neuen-munizipalismen?cHash=4e9f99a88d6137f697f44df06b9ab6b9)

im Rahmen des Cities for Change Forums im Juni 2021 mit Blick auf einen »Berliner Munizipalismus« (<https://iniforum-berlin.de/termini-online-veranstaltung-cities-for-change-chancen-eines-berliner-munizipalismus/>).

5 Vgl. Phillips/Cheung 2016.

6 <https://minim-municipalism.org/>

7 <https://municipalisteurope.org/>

innerhalb städtischer Konflikte, die sich an der Verquickung von Autoritarismus und Neoliberalisierung in Serbien entzündeten (vgl. Piletić 2022). In einem längeren Meinungsbeitrag von 2018 analysiert Ana Veselinović von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Südosteuropa die Kommunalwahlen als bedeutende Veränderung des politischen Terrains. NDB charakterisiert sie als Verkörperung eines neuen linken Akteursspektrums, das zum ersten Mal eine Wahl-Alternative zu den üblichen autoritär-neoliberalen oder pro-europäisch-neoliberalen Kräften darstellte (vgl. Veselinović 2018). Aus dem gleichen Jahr stammt eine weitere Analyse der Ergebnisse, die ebenfalls zu dem Schluss kommt, dass die Existenz einer linken Option die Wahlen deutlich von den Vorjahren abhob und einen Erfolg für die gesellschaftliche Linke Belgrads darstellte (vgl. Unkovski-Korica 2018). Andere fragen nach NDBs Rolle bei den Protesten gegen die Belgrade Waterfront (vgl. Fagan/Ejdus 2020) oder bei den großen Anti-Regime-Protesten in Serbien 2018/2019 (vgl. Pešić/Petrović 2020) und analysieren damit sehr eng entlang von momenthaftem Protestgeschehen. Kralj (2022) geht darüber hinaus und untersucht in seinem Artikel von 2022, welche Faktoren den »electoral turn« von NDB bedingten. Er geht dabei zwar auf die ungünstigen politischen Verhältnisse ein, denen zum Trotz sich die Bewegung in eine Wahlplattform transformierte, erklärt den Wandel jedoch primär bewegungsintern, nicht im gesellschaftlichen Zusammenhang. Seine vergleichende Untersuchung über die Neue Linke in Slowenien und Serbien (Kralj, im Erscheinen) ist noch nicht veröffentlicht. Die Publikationen entstanden teilweise unmittelbar nach den Wahlen 2018 oder wenige Monate später und beruhen auf Beobachtungen aus diesem Zeitraum. Sie bemühen sich um eine erste Einordnung der Plattform in das serbische politische Spektrum und stellen bereits die Hybridität zwischen Bewegungs- und institutionellem Akteur heraus. Aufgrund der großen zeitlichen Nähe zwischen der Wahl und deren Analyse befassen sich die Publikationen jedoch weder in einer langfristigen Perspektive mit NDB noch tiefergehend mit deren Vorstellungswelten, Praxen und ihrem Verhältnis zu den staatlichen Institutionen.

Etwas intensiver hingegen wurde die Zagreber Plattform beschrieben und untersucht. So gibt es eine Studie über linke Akteur:innen in Kroatien, die auch ZJN umfasst und detailliert zu anderen politischen Kräften im Land ins Verhältnis setzt (vgl. Buble u.a. 2017). Auch diese Studie entstand jedoch, bevor ZJN eine institutionelle Praxis entwickeln konnten. Die Plattform wird darin als ein links-liberaler Akteur dargestellt, dem es gelingt, mittels diskursiver Interventionen die lokale Regierung als korrupt und neoliberal zu

kritisieren, der jedoch vergleichsweise wenig Kontakt zu Arbeiter:innen hat und soziale Themen nur verschlüsselt in der Öffentlichkeit präsentiert. Auf die Wurzeln von ZJN in der Recht-auf-Stadt-Bewegung als gegenhegemoniale Mobilisierung in Kroatien geht ein weiterer Artikel ein, der aufgrund seines frühen Erscheinens jedoch ebensowenig die munizipalistische Praxis der Plattform abdeckt (vgl. Dolenc u.a. 2017). Ebenfalls im Blick zurück auf die Anfänge befragt eine Veröffentlichung von 2019 die sozialen Proteste nach 2008 in Kroatien auf ihre Sonderstellung im europäischen Zyklus von Anti-Austeritätsbewegungen (vgl. Balković 2019). Der Artikel fügt somit die Krisen-Proteste als weiteren Ursprung von ZJN hinzu und trägt zu einem Verständnis der langen Vorgeschichte des Zagreber Munizipalismus bei. Aktuellere Publikationen sind größtenteils Kurzanalysen zu den Ergebnissen bei den Kommunalwahlen im Mai 2021, die ZJN gewannen (vgl. Kralj 2021; Rushton 2021; Tiedemann 2021) sowie eine erste Bestandsaufnahme nach einem Jahr Regierungstätigkeit von einem ZJN-Gründungsmitglied. Der Autor kommt zu einer vorsichtig positiven Bilanz, weist jedoch kritisch auf die Zähmung hin, der die Plattform in ihrer neuen Rolle im Rathaus nichts entgegengesetzt und damit an radikalem Potential einbüßt (vgl. Stubbs 2022).

Mit Blick auf beide Städte und Plattformen entstanden im Forschungsprojekt »Reclaiming the Cities in the post-Yugoslav space« zwei Artikel von Chiara Milan (2019, 2022) – »From the streets to the town halls: local governance and municipalist platforms in Croatia and Serbia« sowie ein Interview mit einer Stadträtin von ZJN (2020). Milan versucht darin zu erklären, warum städtische Aktivist:innen sich für das Modell einer munizipalistischen Plattform entschieden haben. Sie begründet dies einerseits über die schnelle Diffusion von Ideen mittels translokaler aktivistischer Netzwerke und andererseits mit der jugoslawischen Erfahrung kommunaler Selbstverwaltung, an die NDB und ZJN anschließen. Damit thematisiert sie wichtige Aspekte, die im südosteuropäischen Raum die Transformation von einer Bewegung in eine institutionell-politische Kraft erklären können.<sup>8</sup> Die konkrete Praxis und Konfrontation mit den Institutionen des lokalen Staates und daraus

---

<sup>8</sup> Über die genannten Forschungsarbeiten hinaus gibt es noch eine Reihe von Interviews und Veröffentlichungen der Akteur:innen selbst (auf Englisch z. B. Ne Da(vi)mo Beograd 2017, 2018b, 2019c, 2020a; Stojmenović 2021; Vasiljević 2022; Veselinović 2017 bzw. zu Zagreb: Hrdina 2020; Rilović 2017; Zdunic 2017) sowie journalistische Berichterstattung, primär aus der Region.

zu gewinnende Erkenntnisse über zugrundeliegende Strukturen und damit verbundene Handlungsspielräume bleiben jedoch außen vor.<sup>9</sup>

An diese zweite Phase, die sich in erster Linie als geographisch ausgedehnte Dokumentationsstätigkeit darstellt, schließt eine dritte an, die sich verstärkt um eine Systematisierung sowie eigene Begriffs- und Kategoriensysteme bemüht, um dem vielschichtigen Phänomen stärker analytische Konturen zu verleihen (vgl. Russell 2019; Baird 2020; Thompson 2021a; Süß 2019). Während klassische Bewegungsforschungsliteratur, wie Sidney Tarrow (1996) oder Charles Tilly (1978), den Übergang von Graswurzel-Bewegungen in stärker formalisierte, institutionalisierte Formen von Politik mehrheitlich »als ihren Moment der Erschöpfung und als Niederlage, denn als Erfolg« betrachtet (Thompson 2021a: 325)<sup>10</sup>, folgte diese Phase der These, dass die municipalistischen Plattformen etwas Neues darstellen. Sie könnten daher nicht ohne Weiteres in das Begriffsregister von Institutionenanalyse, Partei- oder Bewegungsforschung eingefügt, sondern müssten aus transdisziplinärer Perspektive untersucht werden (ebd.: 325).

Herauszuheben sind aufgrund des Umfangs der inkludierten Beispiele die Texte von Matthew Thompson und Bertie Russel. Letzterer kartiert die »treibenden Narrative« der verschiedenen municipalistischen Bewegungen (vgl. Russell 2019). Als verbindende Knackpunkte benennt er die Frage nach dem »scale out«, um einem provinziellen Lokalismus zu entkommen sowie die Sorge, der einhegenden Kooptation durch Akteur:innen auf anderen Maßstabsebenen nicht entgehen zu können, die im Lokalen vor allem eine

---

9 Zur Erweiterung der Municipalismus-Forschung um eine staatstheoretische Perspektive auf die Plattformen in Zagreb und Barcelona vgl.: Tiedemann 2019; Sarnow/Tiedemann 2019, 2022. Die Veröffentlichungen fassen die Zwischenergebnisse unter anderem dieser Forschung zusammen und arbeiten die Selektivitäten lokaler Staatlichkeit als spezifische Handlungsrahmen heraus, die eine schnelle Veränderung verunmöglichen und zugleich Schlussfolgerungen über die gegenwärtige Konjunktur in den entsprechenden Staaten zulassen.

10 Mit ähnlicher Stoßrichtung, nämlich der Betonung der eigenen Würde und Bedeutung von sozialen Bewegungen, kritisieren auch heute Autor:innen der Bewegungs- und Demokratieforschung die Reduktion von politischem Handeln auf institutionelle Politiken als unreflektierte Reproduktion liberal-demokratischer Begrenzungen, so z. B. Isabell Lorey in ihrem Buch »Demokratie im Präsens«: »Kämpfe von sozialen Bewegungen gelten so lange als spontaneistisch, unpolitisch, naiv oder ineffektiv, auf Präsenz und Unmittelbarkeit fixiert, solange sie sich nicht in einem zweiten Schritt der Formierung als Partei oder als eine andere Organisation der Interessenvertretung institutionalisieren« (2020: 16). Eine Kritik der Herabwürdigung sozialer Bewegungen ist daher durchaus angemessen, sollte jedoch zugleich nicht zu einer prinzipiellen Überhöhung außerparlamentarischer Initiativen führen.

Chance zur Vertiefung neoliberaler Politiken sehen (ebd.: 992). Die Stadt werde im Neuen Munizipalismus laut Russell nicht als genuin demokratischer gesehen oder mit einer authentischen Verbundenheit zum konkreten Ort im Gegensatz zum abstrakten (National-)Staat aufgeladen. Stattdessen werde das Lokale als umkämpfte Arena begriffen, in der sich die konstituierende Macht der Bewegungen in radikaldemokratischen Experimenten manifestiere (ebd.: 995 f.). Konstitutive Elemente solcher Experimente seien *erstens* eine »Politik der Nähe«, in der ausgehend von Alltagspraktiken und neuen Subjektivitäten gesellschaftliche Strukturen verändert werden können; *zweitens* die Transformation von Institutionen zu einer dezentralisierten Infrastruktur der Selbstregierung und einer institutionellen Öffnung gegenüber autonomen sozialen Bewegungen; sowie *drittens* die Feminisierung von Politik. Diese beinhaltet sowohl eine stärkere Rolle für Frauen und Queers in der politischen Sphäre, eine Emphase auf Politiken der Geschlechtergerechtigkeit als auch eine Neu-Konzeptionalisierung von Politik, die alte, maskulinistische Dichotomien zu überkommen sucht, Sorge und Fürsorge in den Mittelpunkt rückt und die Verflechtung von Produktions-, Reproduktions- und politischer Arbeit anerkennt (Russell 2019: 1000 ff.). In leichten Abwandlungen lassen sich diese Momente aus den meisten Veröffentlichungen von Aktivist:innen und Forschenden herauslesen (vgl. Bookchin 2017; Rubio-Pueyo 2017; zur Feminisierung von Politik vgl. Galcerán Hugueta/Carmona Pascual 2017; Roth u.a. 2020), teilweise erweitert um genossenschaftliche Organisation, Arbeiter:innen-Kontrolle und solidarische lokale Ökonomien (v.a. Cooperation Jackson, vgl. Nangwaya/Akuno 2017). Demgegenüber stehen Lokalregierungen eines »unternehmerischen Munizipalismus«, der auf profitable kommunale Unternehmen und lokale Besteuerung setzt, um soziale Inklusion mittels kostengünstiger bis kostenloser Infrastrukturen beispielsweise im Bereich Energie, Wasser oder Mobilität zu erreichen (vgl. Thompson u.a. 2020; Thompson 2021a: 324). Eine solche Praxis kann nicht zwingend noch als munizipalistisch bezeichnet werden.

Die strategische Auseinandersetzung der von Russell untersuchten Initiativen mit elektoralen Strategien und staatlichen Institutionen könne dabei nicht als »Lösung der [...] Herausforderungen« betrachtet werden, »denen sich Bewegungen gegenübersehen, wenn sie konstituierte Staatsmacht konfrontieren« (2019: 999). Ob die Selbstverpflichtung zur Transformation von Macht trotz der Widersprüche institutioneller Eigenlogiken und systemischer Zwänge aufrechterhalten werden könne, sei eine offene Frage,